

realisiert. Der Anteil der Auslandsinvestitionen an den gesamten Anlageinvestitionen sei von einem Anteil in Höhe von 2,5% im Jahre 1978 auf 13% in den 80er Jahren gestiegen. Die rd. 80.000 Unternehmen mit Auslandskapital, die bereits ihre Tätigkeit aufgenommen hätten, produzierten 1993 einen Outputwert von 302 Mrd. Yuan, und ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt habe sich damit auf rd. 30% belaufen.

Von herausragender Bedeutung seien die Unternehmen mit Auslandskapital inzwischen für den Außenhandel. So exportierten diese Unternehmen beispielsweise Farb-TV, Fotoapparate und elektrische Haushaltsgeräte und trugen 1993 mit einem Anteil von 27,5% zum Export bei. Außerdem würden in diesen Unternehmen bis Ende 1993 inzwischen 20 Mio. (?) chinesische Arbeitskräfte beschäftigt. (XNA, 6.4.94) -schü-

*(22)

"Copyrights werden wirkungsvoll geschützt"

Vor dem Hintergrund drohender US-Sanktionen wegen der Verletzung von Copyrights fand im April in den chinesischen Medien eine Demonstration des guten Willens statt, um die Anstrengungen der Regierung zum Schutz dieser Rechte zu zeigen.

In einer Fernsehsendung am 12.4. beispielsweise erklärte Liu Minxue, Direktor der Staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung, daß die chinesische Regierung nicht nur eindeutig für den Schutz der Copyrights eintrete, sondern inzwischen auch Maßnahmen beschlossen habe, die die Copyrights ausländischer Unternehmen wirkungsvoll schützen würden.

Zu diesen Maßnahmen zähle die ergänzte Gesetzgebung zum Warenzeichenrecht, die den Mißbrauch von Warenzeichen und ihre Fälschung mit strengeren Strafen belegen würde. Verstöße gegen das Warenzeichenrecht könnten jetzt mit Geldstrafen bis zu 50% des illegalen Geschäftsvolumen bzw. mit dem fünffachen des illegalen Gewinns belegt werden. Außerdem sei die mögliche Haftstrafe bei Verstößen von drei auf sieben Jahre Gefängnis erhöht worden.

Vorwürfe einer Verletzung des Warenzeichenschutzes könnten direkt bei den Behörden für Industrie und Handel erhoben werden, die diese wiederum direkt im Markt untersuchen würden. Da diese Behörden eine Beschäftigtenzahl von rd. 600.000 Personen aufwiesen, sei eine Verfolgung illegaler Praktiken sichergestellt. Weiterhin würden nunmehr auch Gerichte mit der Verfolgung von solchen Delikten beauftragt werden. (China Central Television, Beijing, in Chinese, 12.4.94)

China gilt inzwischen als der größte Produzent von gefälschten CDs (compact disk) und einer umfassenden Produktion von gefälschten Software-Programmen und nachgeahmten Markenprodukten. Die illegalen CD-Produktionsstätten sollen dabei oft im teilweisen Eigentum von städtischen Behörden sein, die High-Tech-Industrien ansiedeln wollen. Den bestehenden illegalen 30 Fabriken wird eine jährliche Produktionskapazität von 60 Mio. CDs nachgesagt. (AWSJ, 14.4.94)

US-amerikanische Firmen beklagen einen durch Copyright-Verstöße entstehenden Verlust, der auf rd. 800 Mio. US\$ geschätzt wird. (IHT, 29.4.94) Obwohl die amerikanische Regierung zunächst geplant hatte, China auf die "schwarze Liste" der Länder zu setzen, gegen die wegen Piraterie Sanktionen erlassen werden, scheint derzeit erst einmal die Entscheidung über die Meistbegünstigung Anfang Juni abgewartet zu werden. (HB, 3.5.94) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1994

Dem Bericht des Staatlichen Statistikamtes zufolge stieg das *Bruttoinlandsprodukt* im 1. Quartal d.J. um 12,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Würden saisonale Faktoren berücksichtigt und die Wachstumsrate auf Jahresbasis umgerechnet werden, dann ergebe sich dem Statistikamt nach eine augenblickliche gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate von 9-10%. Dieses Entwicklungstempo sei auch Ziel der derzeitigen Makroregulierung und -kontrolle.

Die *Industrieproduktion* hat sich im 1. Quartal deutlich verlangsamt. Die industrielle Wertschöpfung erhöhte sich um 16,0% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (Allerdings wurde bis vor kurzem noch der industrielle Bruttoproduktionswert als Indikator angegeben, der stets höher liegt) Auf die Leichtindustrie entfällt eine Zuwachsrate von 16,8% und auf die Schwerindustrie von 15,3%. Regional betrachtet war die Industrieproduktion in den Küstenprovinzen bedeutend schneller als in den übrigen Landesteilen (keine näheren Angaben des Statistikamtes dazu). Die Reduzierung des Industriewachstums habe nach Angaben des Statistikamtes zu einer gewissen Entspannung bei der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Halbfertigwaren geführt. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 18.4.94, in SWB, 20.4.94)

Im Industriesektor hat sich die Situation der staatseigenen Industriebetriebe weiter verschlechtert. So erhöhte sich die Produktion dieser Unternehmen im 1. Quartal lediglich um 2,2%, ihre Verluste stiegen und ihre Verschuldung bei Banken und anderen Unternehmen nahm zu. (XNA, 19.4.94) Dem geringen Produktionszuwachs der staatseigenen Industriebetriebe steht eine Wachstumsrate von rd. 50% in den ländlichen Betrieben und von rd. 90% in den Unternehmen mit Auslandskapital gegenüber. (XNA, 21.4.94)

Auch das Wachstum der *Anlageinvestitionen* verringerte sich im 1. Quartal. Staatliche Einheiten investierten von Januar bis März d.J. 81,5 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 36,2% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Im 1. Quartal 1993 hatte die Zuwachsrate der Anlageninvestitionen staatlicher Einheiten 70,7% betragen. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Anlageinvestitionen berichtet das Statistikamt, daß die Investitionen auf lokaler Ebene leicht zurückgegangen seien, während die zentralstaatlichen Investitionen zugenommen hätten. Weiterhin seien mehr Investitionen in Projekte in den Bereichen Transport, Post und Telekommunikation geflossen. Außerdem sei durch die stärkere Kontrolle über den Grundstücks- und Immobiliensektor verhindert worden, daß weiterhin ungebremst Investitionen in Entwicklungszonen und in den Bau von teuren Villen und Wochenendhäusern fließen würden.

Die private Nachfrage blieb relativ stabil. Der *Einzelhandelsumsatz* stieg im 1. Quartal um nominal 25,2% und unter Berücksichtigung von Preiseinflüssen um 4,2%. Mit Ausnahme von einigen landwirtschaftlichen und Nebengewerbeprodukten bezeichnet das Statistikamt die Angebotssituation für 90% der Güter als ausgeglichen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 18.4.94, in SWB, 20.4.94)

Wesentliche Fortschritte bei der Reduzierung der Inflation waren noch nicht sichtbar, obwohl im März die Preise leicht zurückgingen. Insgesamt betrug der Anstieg der *Einzelhandelspreise* im 1. Quartal landesweit 20,1%. Im Vergleich zu Februar sanken die Preise im März für Konsumgüter in den Städten um 1,5% und in den ländlichen Gebieten um 0,1%. Die Preise für Dienstleistungen gingen um 0,3% und für Kapitalgüter um 5,1% im März zurück. Diese Entwicklung schreibt das Statistikamt dem Einfluß der verstärkten Überwachung der Preise und der Anlageinvestitionen zu. (Xinhua News Agency Domestic Service, in Chinese, 27.4.94, in SWB, 2.5.94)

Im 1. Quartal stieg das durchschnittliche *Pro-Kopf-Einkommen* der städtischen Bevölkerung für Lebenshaltungskosten um 35,5% gegenüber der Vorjahresperiode und das durchschnittliche Bargeldeinkommen der ländlichen Bevölkerung um 31,1%. Unter Berücksichtigung von Preissteigerungen betrug das reale Wachstum 9,3% und 13,1%. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 18.4.94, in SWB, 20.4.94)

Im Außenhandel konnte nach Angaben der Zollbehörden das Wachstum der Exporte im 1. Quartal 1994 wieder beschleunigt werden. Mit einem Exportvolumen von 19,1 Mrd. US\$ erhöhten sich die Exporte um 18,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Allerdings überstiegen die Importe mit 20,4 Mrd. US\$ noch leicht die Exporte; die Zuwachsrate der Importe betrug 18,2%. (XNA, 19.4.94)

Nach Einschätzung des Statistikamtes zeige die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal, daß die zu Beginn d.J. eingeführten Reformen im staatlichen Finanzsektor, bei den Banken und im Außenhandel zügig vorangehen würden und daß die wirtschaftliche Situation im wesentlichen normal sei. Die

Exporte hätten zugenommen, der Wechselkurs sei stabil und die im Umlauf befindliche Geldmenge hätte reduziert werden können. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 18.4.94, in SWB, 20.4.94)

Ob jedoch die geplanten Zielvorgaben hinsichtlich Reduzierung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der Inflation für 1994 erreicht werden können, scheint nach den Wirtschaftsdaten im 1. Quartal zumindest in Frage gestellt. Neue Prognosen von Ökonomen der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und des Staatlichen Statistikamtes gehen denn auch davon aus, daß eher mit einem Wachstumstempo von 11,5% gerechnet werden muß. (Xinhua News Agency, in English, 15.4.94, in SWB, 20.4.94) Auch eine Inflationsrate unter 10% werde kaum erreicht werden können, und selbst bei Umsetzung der Maßnahmen zur Makroregulierung und -kontrolle sei von einer Inflationsrate von 15% auszugehen. (AWSJ, 27.4.94) -schü-

*(24)

Rückblick auf die Entwicklung monetärer Indikatoren 1993

Statistischen Angaben der Zentralbank zufolge war die Entwicklung der monetären Indikatoren durch folgende Charakteristiken geprägt:

1. Geldmenge

Um das im 1. Halbjahr stark ausgeweitete Geldangebot zu beschränken, seien makroökonomische Maßnahmen durchgesetzt worden, die die Erhöhung der Geldumlaufmenge schrittweise abgebremst hätten. Ende des 4. Quartals belief sich die Geldmenge auf 586,5 Mrd. Yuan. Die zusätzlich in Umlauf gebrachte Geldmenge betrug 152,9 Mrd., ein Anstieg um 35,3% gegenüber 1992.

2. Spareinlagen

Im Mai und Juli seien die Zinsen für Spareinlagen erhöht worden, um die rückläufige Spartätigkeit wieder zu erhöhen. Ende 1993 erreichten die Bankeinlagen eine Summe von 2.324,5 Mrd. Yuan, eine Erhöhung um 23% gegenüber 1992. Davon entfielen auf Unternehmenseinlagen 767,2 Mrd. Yuan (+12,6%) sowie auf Spareinlagen der städtischen und ländlichen Bevölkerung 2.476,4 Mrd. Yuan (+27,9%), die zu 75% aus Festgeldanlagen bestanden.

3. Kreditvolumen

Für die Realisierung von staatlichen Schlüsselprojekten des Investbaus, für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte und für Umlaufkapital hätten im 2. Halbjahr zusätzliche Kredite vergeben werden müssen. Bis Ende des 4. Quartals stieg das Kreditvolumen der staatlichen Banken auf 2.646,1 Mrd. Yuan. Der Umfang der neu ausgegebenen Kredite belief sich auf 484,6 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 22,4%. Davon entfielen 304,5 Mrd. Yuan auf Kredite für neues Umlaufkapital, 124,6 Mrd. Yuan auf Kredite für neue Anlageinvestitionen, 15,4 Mrd. Yuan auf neue Kredite für die Landwirtschaft. Die ländlichen Kreditgenossenschaften stellten 82 Mrd. Yuan neue Kredite bereit, und auch die städtischen Kreditgenossenschaften und die intermediären Finanzinstitute erhöhten ihr Kreditangebot.

3. Wechselkurs und Devisenreserven

Nachdem der Wechselkurs im Juli auf 1 US\$: 11,5 RMB gestiegen war, hätte die Zentralbank interveniert und den Wechselkurs auf 1 US\$: 8,7 RMB stabilisieren können.

Anfang 1993 beliefen sich die Devisenreserven auf 19,44 Mrd. US\$ (ohne Berücksichtigung der Devisenreserven der Bank of China) und stiegen bis Ende 1993 auf 21,2 Mrd. US\$. (CEN, 11.4.1994, S. 7 u. 8) -schü-

*(25)

Drei neue staatliche Banken

Im März und April nahmen zwei der drei neu gegründeten staatlichen Banken, die als sogenannte "politikorientierte Banken" Finanzierungsaufgaben übernehmen sollen, ihre Geschäftstätigkeit auf. Zu den drei neu gegründeten staatlichen Banken zählen die Entwicklungsbank, die Im- und Exportbank sowie die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank.

Die *Staatliche Entwicklungsbank* (SEB) soll den problemlosen Transfer von Kapital für die staatlichen Schlüsselprojekte des Investbaus garantieren. Nach Angaben des Präsidenten der SEB, Yao Zhenyan, wird die Bank auch ein Instrument der Zentralregierung zur Kontrolle der exzessiven Anlageninvestitionen sein.

Die SEB, die im wesentlichen aus den sechs Investmentgesellschaften gebildet wurde, die der Staatlichen Pla-

nungskommission unterstehen, soll Kredite zu niedrigen Zinsen für wichtige Infrastrukturprojekte und für Unternehmen der Grundstoffindustrie bereitstellen. Mit dem Wirtschaftsboom der letzten Jahre stellten die unzureichend ausgebaute Infrastruktur und Grundstoffindustrie zunehmend Engpässe für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Außerdem soll die Bank Mittel für die technologische Erneuerung wichtiger Staatsbetriebe beschaffen. Die Bank hat bereits 435 große und mittelgroße Projekte, die sie unterstützen wird. Hierzu zählen beispielsweise der Bau des Drei-Schluchten-Staudamms am Yangtse, die Eisenbahnstrecke Beijing-Kowloon sowie verschiedene größere Kraftwerke.

Die Bank erhält Mittel vom Finanzministerium in Höhe von 50 Mrd. Yuan innerhalb von vier Jahren als Teil der Kapitalausstattung. Das Betriebskapital der Bank soll im wesentlichen durch die Emission von Schuldverschreibungen und ihren Verkauf an Finanzinstitutionen aufgebracht werden. Die Zentralbank wird die Finanzinstitutionen anweisen, einen bestimmten Anteil ihrer neuen Bankeinlagen als SEB-Anleihen zu halten und ihnen Ankaufsquoten aufgeben.

Nach Angaben von Yao Zhenyan werden in diesem Jahr Anleihen in Höhe von 65 Mrd. Yuan emittiert, beginnend im April und Mai mit einem Volumen von 28,5 Mrd. Yuan. Ein Teil der Gesamtemission (45,4 Mrd. Yuan) wird als Anleihe mit einer Laufzeit von drei Jahren und einer Verzinsung von 12,5%, das restliche Volumen als Anleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Zinssatz von 14% ausgegeben. Bis zum 25.4. konnten bereits Anleihen mit einem Wert von 20 Mrd. Yuan verkauft werden. (Xinhua News Agency, in English, 28.4.94, in SWB, 2.5.94)

Über die Auswahl der zu finanzierenden Projekte wird die Staatliche Planungskommission entscheiden, doch soll die SEB auf der Grundlage von Durchführbarkeitsstudien über die Frage mitbestimmen können, wann Finanzmittel zugewiesen werden. Innerhalb der SEB soll eine Arbeitsgruppe aus leitenden SEB-Vertretern und Experten für die Zuteilung von Finanzmitteln an die wichtigsten Projekte verantwortlich sein. Geplant ist weiterhin die schrittweise Gründung von lo-

kalen Filialen der SEB sowie die Gründung von ausländischen Niederlassungen. (XNA, 14.4.94)

Ob mit der SEB die bisherigen Mängel im System der Allokation von Investitionskrediten behoben werden können, bleibt abzuwarten. Ohne größere Autonomie könnte auch die SEB leicht unter Druck durch lokale Regierungen und Politiker geraten, die von ihnen begünstigte Projekte durchsetzen wollen. (AWSJ, 5.5.94)

Die zweite neu gegründete Staatsbank, die *Im- und Exportbank*, nahm Ende April ebenfalls ihre Geschäftstätigkeit auf. Die Bank soll Finanzierungsaufgaben im Außenhandel übernehmen, Kredite für den Im- und Export bereitstellen sowie die Abwicklung von ausländischen Regierungs- und Handelskrediten für den Import chinesischer Kapitalgüter durchführen.

Ebenso wie die SEB wird die Im- und Exportbank Finanzmittel für die Kapitalausstattung vom Finanzministerium erhalten und selbst Anleihen im In- und Ausland emittieren. (XNA, 28.4.94)

Über die dritte neu gegründete Bank, die *Landwirtschaftliche Entwicklungsbank*, liegen noch keine Angaben vor. -schü-

*(26)

Dilemma bei Bekämpfung der Inflation

Bei der Inflationsbekämpfung sieht sich die Regierung nach Einschätzung der *China Economic News* einem Dilemma gegenüber. Während die Reduzierung der Inflation eine Verknappung der Geldmenge und der Kredite erfordere, würden die staatseigenen Industriebetriebe ohne Hilfe der Regierung ihre finanziellen Schwierigkeiten nicht überwinden können, und außerdem müßten für das Wirtschaftswachstum neue Investitionsmittel bereitgestellt werden. (CEN, No. 16, 2.5.94, S. 2)

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Qiu Xiaohua, Ökonom beim Staatlichen Statistikamt. Qiu zufolge stellten die hohe Inflation und die Zunahme der Verluste in staatseigenen Industriebetrieben die größten derzeitigen Probleme dar. Würden jedoch

die Kredite und die Geldumlaufmenge eingeschränkt, um die Inflationsrate unter 10% zu bringen, sei damit eine Marktschwächung, ein Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowie eine Verschlechterung der Situation der Staatsbetriebe und der Beschäftigung verbunden. Eine Lockerung der Kredite und der Geldmenge zur Unterstützung der staatseigenen Betriebe könnte jedoch den inflationären Druck derart verstärken, daß die soziale Stabilität gefährdet würde. (AWSJ, 29./30.4.94)

Nach Einschätzung von Xu Rongchang vom Ministerium für Binnenhandel hat die Inflation bereits ein Niveau erreicht, das an die Belastungsgrenze der städtischen Bevölkerung stoßen würde. Mit einem Anstieg der Konsumgüterpreise um landesweit 20,1% wäre die Inflation sogar noch höher als 1988. Unter den Bedingungen der steigenden Inflation und ungleicher Einkommensverteilung würde eine zunehmende Zahl der Arbeiter negativ auf Preissteigerungen reagieren. Auch in den ländlichen Gebieten wäre die Toleranzgrenze nicht sehr hoch, wenn an die 85 Mio. Bauern gedacht würde, die noch nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln und Bekleidung versorgt seien, und an die Bauern in den Gebieten, die von Naturkatastrophen betroffen wären. (Zhongguo Xinwen She News Agency, in English, 4.5.94, in SWB, 7.5.94)

Die Zentralbank werde ihre Politik des knappen Geldes trotz des geringen Wachstumstempos der staatseigenen Industrie insgesamt nicht verändern, betonte Dai Xianglong, stellvertretender Präsident der Bank. Staatseigene Unternehmen würden lediglich auf der Basis fallweiser Entscheidungen in den Genuß weiterer Kredite für Umlaufkapital kommen, wobei die rentablen Unternehmen bevorzugt würden. Unternehmen, die total verschuldet seien und ohne Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung, müßten Dai zufolge Konkurs anmelden. (XNA, 21.4.94) -schü-

*(27)

Preisüberwachung wird fortgesetzt

In einem Rundschreiben des Staatsrates wird eine Fortsetzung der Preiskontrollen angekündigt, die bis Ende Juni erste Ergebnisse zeitigen sollen. Die Staatliche Planungskommission ist

für den Ablauf der landesweiten Preiskontrollen verantwortlich, und bis zum 20.7. sollen dem Staatsrat entsprechende Berichte über die Preisinspektionen von den Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten vorgelegt werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 24.3.94, nach SWB, 12.4.94)

Auf einer nationalen Konferenz der Direktoren von Preisämtern Anfang April d.J., betonte Chen Jinhua, Minister der Staatlichen Planungskommission, daß unbedingt die vom Staatsrat geforderten Maßnahmen zur Preisstabilisierung umgesetzt werden müßten. Diese Maßnahmen konzentrierten sich auf die Stabilisierung der Preise von Getreide, Speiseöl, von anderen Lebensmitteln außer Getreide, der Preise wichtiger Investitionsgüter, hier vor allem für die landwirtschaftliche Produktion, sowie der Preise für wichtige Dienstleistungen. Chen Jinhua wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Regierung unter den Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft sei, die Preise auf den Märkten zu überwachen. Die Freigabe der Preise bedeute nicht, daß bereits die Reformaufgaben erfüllt seien. Es könne nicht zugelassen werden, daß die Preise unkontrolliert steigen und fallen oder daß die Unternehmen ihre Preise beliebig erhöhten. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 8.4.94, in SWB, 12.4.94)

In der Landeshauptstadt Beijing stiegen die Konsumgüterpreise um durchschnittlich 23% im 1. Quartal 1994. Nach einem Bericht des Beijinger Statistikamtes lösten Preiserhöhungen bei Milch (33%) und bei frischem Gemüse (37%) im Februar eine Kette von Preissteigerungen für andere Güter aus. Vor allem normale Arbeiter und Rentner seien von den Preiserhöhungen besonders betroffen. Preiskontrollen im ersten und zweiten Halbjahr sollen weitere Preissteigerungen verhindern. Um das mangelnde Angebot von Reis in Beijing zu beheben, hat das Beijinger Amt für Getreideverwaltung angekündigt, den staatseigenen Getreideverkaufsstellen 10 Mio. kg Reis zur Verfügung zu stellen, der zu einem Preis von höchstens 1,6 Yuan/kg verkauft werden soll. (Zhongguo Xinwen She News Agency, in English, 8.4.94, in SWB 12.4.94 und 28.4.94, in SWB 2.5.94)

Auch in der Provinzhauptstadt Guangzhou (Provinz Guangdong) hat die Lokalregierung den Verkaufsstellen zur

Entspannung des knappen Getreideangebots 50 Mio. kg Reis aus staatlichen Beständen bereitgestellt. (Zhongguo Xinwen She, in English, 27.4.94, in SWB 20.4.94) In einer Telefonkonferenz zur Arbeit in den ländlichen Gebieten Ende März d.J. forderte der stellvertretende Provinzgouverneur Ou Guangyuan die unbedingte Einhaltung der Getreideanbauplanung. Diese sieht eine Flächenreservierung für den Getreideanbau von 49 Mio. Mu vor. Würde die Reisanbauquote im Frühjahr nicht erfüllt, müßte die Differenz über den Anbau im Herbst ausgeglichen werden. Den Bauern im Getreideanbau, die vergleichsweise wenig verdienen würden, sollten Subventionen aus Gewinnen der Industrie bereitgestellt werden. (Guangdong People's Broadcasting Station, in Chinese, 1.4.94, in SWB, 16.4.94)

Daß die Durchsetzung der Preiskontrollen sehr schwierig ist, melden eine Reihe von Provinzen. In einigen Fällen wurden die Inspektoren sogar tätlich angegriffen, weil sie für Betrüger gehalten wurden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 11.4.94, in SWB, 13.4.94) -schü-

*(28)

Problemloser Verkauf der diesjährigen Staatsanleihe?

Wie die *China Daily* am 30.4.94 berichtet, sollen von der diesjährigen Staatsanleihe inzwischen 41,6 Mrd. Yuan verkauft worden sein. Bezogen auf die geplante Gesamtemission von 100 Mrd. Yuan wurden also seit Verkaufsbeginn am 1.4.94 rd. 42% realisiert.

Die diesjährige Emission ist mit einer groß angelegten Propagandakampagne in den Medien verbunden. Im März wurde beispielsweise in der *Renmin Ribao* die besondere Bedeutung des Kaufs von Staatsanleihen betont, um die Zentralregierung bei der Erfüllung ihrer Reformziele zu unterstützen. Die Zentralregierung brauche auch finanzielle Mittel für die Einkommen der Arbeiter, für die Landwirtschaft, für Wissenschaft und Technologie und den Bau der großen Infrastrukturprojekte. (RMRB, 18.3.94)

Auf lokaler Ebene wurde die Vorbildfunktion der politischen Führer eingesetzt. So berichtete der Guangdonger Rundfunk, daß die Mitglieder des Parteikomitees der Provinz Guangdong und alle dort beschäftigten Arbeits-

kräfte "voller Begeisterung" Anleihen der Zentralregierung im Werte von rd. 354.700 Yuan gekauft hätten. (Guangdong People's Broadcasting Station, Guangzhou, in Chinese, 29.4.94, in SWB 4.5.94)

Gerade jedoch in der Provinz Guangdong scheint sich die tatsächliche Begeisterung der Bevölkerung beim Kauf von Staatsanleihen in Grenzen zu halten. So wurden in der Provinz Guangdong von der zugewiesenen Quote in Höhe von 6,71 Mrd. Yuan bis zum 25.4. lediglich 12,13% der Anleihen mit einer zweijährigen und 18,84% der Anleihen mit einer dreijährigen Laufzeit verkauft. Damit war die Realisierungsrate Guangdongs am niedrigsten unter allen Provinzen. (Guangdong People's Broadcasting Station, Guangzhou, in Chinese, 28.4.94, in SWB 5.5.94) Selbst die autonome Region Qinghai, die eine Quote von 240 Mio. Yuan erhalten hatte, meldete bereits eine Erfüllung von 60% in der zweiten Aprilwoche. (Qinghai People's Broadcasting Station, Xining, in Chinese, 11.4.94, in SWB 20.4.94)

Bei einer derzeitigen Inflationsrate von rd. 20% wird es auch schwierig werden, Staatsanleihen mit einer Verzinsung von 13% (Laufzeit zwei Jahre) und 13,96% (Laufzeit drei Jahre) unterzubringen, obwohl diese damit die bankübliche Verzinsung um 1,3% bzw. 1,72% übersteigen.

Derzeit überwiegt noch der Versuch, die Bevölkerung durch Überzeugungsarbeit zum Kauf der Staatsanleihen zu bewegen. Sind diese Mittel ausgereizt, wird wohl wie im letzten Jahr dazu übergegangen werden, einen Teil der Gehälter für den zwangsweisen Ankauf einzubehalten. (SCMP, 19.3.94) -schü-

*(29)

Stärkere Kontrolle der Terminmärkte

Um die Entwicklung der Terminmärkte in stabile Bahnen zu lenken, ist eine Überprüfung der bestehenden Märkte und Maklerfirmen geplant. Ma Jiantang, stellvertretender Direktor der Marktabteilung beim Entwicklungs- und Forschungszentrum des Staatsrats, kündigte an, daß in den nächsten Wochen eine Konferenz zu diesem Thema stattfinden werde. Auf dieser Konferenz, die unter Leitung der Börsenaufsichtsbehörde stehen wird und an der zehn Ministerien teilnehmen werden,

soll entschieden werden, welche Terminmärkte weiter bestehen bzw. welche geschlossen werden sollen.

Die zu schnelle und unkontrollierte Entwicklung von Terminmärkten im letzten Jahr sei von Praktiken begleitet gewesen, die zu einem Vertrauensverlust geführt hätten. Landesweit gebe es inzwischen mehr als 40 registrierte Terminmärkte und über 500 Maklerunternehmen, einschließlich nicht registrierter Unternehmen. Allein in der Provinz Sichuan seien in Chongqing und Chengdu fünf Terminmärkte entstanden. Für bestimmte Terminwaren würden außerdem zwei oder sogar mehr Märkte bestehen, so daß diese ineffizient seien und dadurch die Spekulation angeheizt werde. Beispielsweise gebe es in Tianjin zwei Warenterminmärkte für den Handel mit Metallen.

Ein weiteres Problem sei, daß die Gründung von Terminmärkten als eine Möglichkeit gesehen werde, "schnelle Gewinne" zu machen. Viele Lokalregierungen und -behörden hätten sich dieser erfolgversprechenden Sache angeschlossen und seien die treibenden Kräfte dieser Entwicklung. Hierdurch werde jedoch die Politik der Zentralregierung behindert, zumal Interessengruppen versuchten, ihre Anteile zu sichern.

Nach Einschätzung von William D. Grossmann, ehemaliger stellvertretender Leiter der Warenbörse in Chicago und Berater bei der Entwicklung der Terminmärkte in China, seien rechtliche Regeln und ihre Durchsetzung für die weitere gesunde Entwicklung der Terminmärkte in China unbedingt notwendig. Nur so könnten auch ausländische Kunden stärker für ein Engagement in China gewonnen werden, da Märkte mit eindeutigen rechtlichen Rahmenbedingungen bevorzugt würden. Allerdings dürfe Grossmann zufolge das Ergebnis der Überprüfung nicht deren Schließung oder ihre starke Beschränkung sein; dies diene weder dem öffentlichen Interesse noch der wirtschaftlichen Entwicklung. (CD, 28.4.94, S.4)

Zhu Li, Generalsekretär der chinesischen Börsenaufsicht und vom Staatsrat im Dezember 1993 mit der Überwachung der Terminmärkte betraut, hatte Anfang April angekündigt, daß die Regierung die Genehmigung neuer Maklerunternehmen aussetzen und die bestehenden Unternehmen überprüfen

werde. Zhu Li zufolge zählten zu den rd. 500 Maklerunternehmen 50 sino-ausländische Joint Ventures sowie 200 Unternehmen, die nicht registriert seien. Zhu Li spricht von 30 (!) Terminmärkten, auf denen u.a. Rohöl, landwirtschaftliche Produkte, NE-Metalle, Baustoffe und Staatsanleihen gehandelt würden. Einige dieser Märkte und Maklerunternehmen wiesen jedoch nicht die erforderlichen Standards auf. Manche Unternehmen seien nur aus spekulativen Überlegungen gegründet worden und würden ihre Kunden betrügen. Die Folgen seien wirtschaftliche Verluste und der Abfluß von Devisen ins Ausland. (XNA, 9.4.94)

Am 22.4.94 entschied die chinesische Börsenaufsicht, daß nach Oktober 1994 Termingeschäfte mit standardisierten Verträgen für Stahlprodukte und Zucker nicht mehr genehmigt würden. Bestehende Verträge würden zwar bis Oktober weiterlaufen können, illegale Operationen jedoch unterbunden werden. (XNA, 23.4.94) -schü-

Taiwan

* (30)

Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Am 25./26. April hielt sich Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt zur Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in Taiwan auf. Es war der zweite Besuch eines Bundeswirtschaftsministers in Taiwan - im November 1992 hatte Rexrodts Vorgänger, Jürgen W. Möllemann, die Insel besucht. Während seines kurzen Aufenthaltes wurde Rexrodt von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) und Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) empfangen. Im Gespräch mit seinem Amtskollegen Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) wurden die Themen Doppelbesteuerung, Urheberschutz sowie Zusammenarbeit zur Erschließung von Drittmärkten erörtert.

Deutschland ist Taiwans wichtigster Handelspartner in Europa. Angaben des Taipeier Finanzministeriums zufolge importierte Taiwan 1993 deutsche Waren und Dienstleistungen im Wert von 4.220,3 Mio.US\$. Dem standen Exporte Taiwans von 3.505,1 Mio.US\$ nach Deutschland gegenüber.

Der deutsche Wirtschaftsminister beklagte, daß die gegenseitigen Investitionen im Vergleich zum bilateralen Handel weit zurückgeblieben seien. Wie aus den jüngsten Statistiken der Investment Commission des Wirtschaftsministeriums in Taipei hervorgeht, beantragten Firmen aus Taiwan für Investitionen in Deutschland im Jahr 1993 nur acht Projekte im Wert von 5,3 Mio.US\$. Insgesamt gingen seit 1990 bei der Kommission Anträge für 34 Deutschlandprojekte mit einem Umfang von 34 Mio.US\$ ein. Auch auf der deutschen Seite halten sich die Investoren mit ihrem Engagement in Taiwan zurück. Im gleichen Zeitraum weist dieselbe Statistik Investitionsanträge für 28 Vorhaben im Gesamtwert von 105 Mio.US\$ aus. (NfA, 28.4.94)

Rexrodt begrüßte den Plan, in Frankfurt ein Taiwan-Zentrum einzurichten. Er hob die Investitionen taiwanesischer Unternehmen in den neuen Bundesländern hervor und wies darauf hin, daß die Bundesregierung in diesem Jahr erstmals die Beteiligung mittlerer sowie ostdeutscher Unternehmen an Messen in Taiwan fördere. Er sagte deutsche Unterstützung für den Wunsch Taipeis zu, in die neugegründete Welthandelsorganisation (WTO) - Nachfolgeorganisation des GATT - aufgenommen zu werden und lancierte, daß Bonn noch Mitte d.J. einen "beurlaubten" hohen Diplomaten zur Übernahme der Leitung des deutschen Wirtschaftsbüros in Taiwan senden wird, was eine Aufwertung der halbamtlichen Vertretung Deutschlands in Taiwan bedeutet. (ZYRB, 28.4.94)

Mit Taipeis Verkehrsminister Liu Zhaoxuan (Liu Chao-hsuan) sprach Rexrodt über den Export des deutschen ICE-Zuges nach Taiwan. Im laufenden Sechsjahresplan der Taipeier Regierung wird eine Hochgeschwindigkeitsbahn von über 350 km für die Verbindung zwischen der Hauptstadt Taipei im Norden der Insel und der Industriestadt Gaoxiung (Kaohsiung) im Süden vorgesehen. Im vergangenen Jahr hatte der Legislativ Yuan (Parlament) das Regierungsbudget für das Projekt gestrichen und gleichzeitig den Beschluß gefaßt, das Projekt durch private Investitionen zu finanzieren. (C.a., Juli 1993, Ü 36) In diesem Jahr wird die Regierung erneut eine Debatte im Parlament über die Finanzierung des Projektes veranlassen.